

Geheimer Rat und Reichstag, mit Waffn, Gräfinen, Geistern und Welt" und der Ritterkrieger, "Für unter dem Untergang", sowie den Zeugnissen "St. Paulus", "Unterhaltung und Willen", "Der praktische Hindenburg", "Vergessene Meister", "Das gute Ende", "Wissenschaftliche Beiträge" u. dgl. erschien. Preisgeld, Eingangsnummer 10.-, Sonderausgabe 20.-. Herausgeber: Dr. G. Dötzschl, Dresden.

Verlagsort: Dresden  
Ausgabenummern: Die Fortsetzung beginnt 30.-, Sammel-Ausgaben u. Stellungnahme 20.-. Die Preiseblätter 10.-, Sammel-Ausgabe 1.-, für Beiträge außerhalb des Beziehungsgebietes 40.-, für Beiträge ausland 1.-, Preisgeld 20.-, Preisblatt 10.-, Preisblatt 20.-. Der Herausgeber erhält eine Bezahlung auf Unterhaltungskosten. Veröffentlichung u. Verteilung u. Vertrieb v. Sachverständigen. Gedächtnisfeier: Dr. Franz Langgässer, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Gedächtnisfeier, Druck und Verlag: Germania  
Bücherei und Kunst Dresden, L. Pfeiffer, 11.  
Gedenktag 20.-, vom 20. Februar bis 20. März, Bank  
Konto Städtebau Dresden Nr. 81301.

Für christliche Politik und Kultur

Reaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Mitte 1., Postfach 11, Dresden 2011  
und 2012.

## Nachwolle Zentrumslaudierung in Essen

### Brüning für Hindenburg

„Wenn Hindenburg gewählt wird, ist die akute Gefahr des Zusammenbruchs überwunden“

#### Gegen die Phrasen

Essen, 8. März,

Vor vielen tausend Menschen hielt am Montagabend Reichspräsident Dr. Brüning in einer Hindenburg-Ausstellung der Zentrumspartei in der überfüllten großen Ausstellungshalle seine erste Wahlrede. Der Andrang war so stark, daß die große Halle politisch geschlossen werden mußte, und doch mehr als zehntausend Menschen die Aufführungen des Kanzlers nur in der Rautenpfecherübertragung in der Nachbarhalle hören konnten.

Brüning gab zunächst seinem Redneramt darüber Ausdruck, daß die Agitation von den gegenwärtigen Präsidentenwahlen ausgenommen in einer Weise getrieben werde, als ob Deutschland sich nicht in schwierigen außenpolitischen Kämpfen befände. Er ging dann auf die Bemühungen um eine parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten ein. Wenn man behauptet, daß man mit der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit nur das System Brüning weiter habe retten wollen, so müßte er das als eine Kühnheit bezeichnen. Im Sommer 1929 habe Hugenberg die Möglichkeit gehabt, die Regierung zu stützen und damit automatisch diese oder eine andere Regierung noch rechts zu ziehen. Diese Möglichkeit habe Hugenberg ausgenutzt.

Ich wege nicht dazu, aus katholischen oder anderen Gründen eine Mehrheit im Reichstag aufzugeben, wenn auf der anderen Seite nicht die geringste Einigkeit selbst in entscheidenden Fragen der Politik herbeigeführt werden kann.

Ich habe bewußt in einem halben Jahrtausend mein Amt abgetreten. Es hat sich aber geweigt, daß die beiden Parteien der nationalen Opposition sich über keine Frage einigen könnten, nicht über die Person des Reichspräsidenten, nicht über den Reichskanzler, nicht über den Reichsminister und nicht über den Staatsminister. In den Auseinandersetzungen zwischen Stahlhelm und NSDAP werden diese Dinge ja in aller Offenheit und in einer Sprache behandelt, zu der ich persönlich überhaupt nicht fähig wäre. Das aber war vorzuziehen. Es war nicht das erste Mal in der Geschichte der vergangenen Jahre, daß man zwar die Regierung bekämpfte bis zum Aufruhr, daß man redete, aber immer nur redete, als ob das deutsche Volk nichts gelernt habe in dieser Zeit. Schon 1925 habe ich die Deutschnationalen auf Befehl Hugensbergs aus der Verantwortung zurückgezogen.

Ich habe bewußt in einem halben Jahrtausend mein Amt abgetreten, um das Volk in dieser schweren Zeit nicht zu trennen, sondern mit allen möglichen Mitteln zusammenzuführen. Ich konnte aber nicht mehr schwören, nachdem Hitler vor der ausländischen Presse Reueurungen tat, als ob er schwererwiegt die Macht in Deutschland antreten werde. Man sieht sich in einem weitsichtigen Charakter. Bei uns ist Schwäche und Ruhe nicht gerade ein Zeichen vor Nervosität.

Ich bin jetzt entschlossen, wenn es nötig und gerechtfertigt ist, energisch durchzugehen.

Auf die Notverordnungen eingehend, erklärte Brüning: „Ja, weiß, daß dieses Wort für das deutsche Volk ein schweres und bitteres Wort geworden ist. An diese drakonischen

Maßnahmen mußte herangegangen werden, weil wir Zeichner der Verantwortung gegenüberstanden, weil wir in einer Wirtschaftsnot, in einem Existenztempo standen, das in der Geschichte ungewöhnlich ist. Wir sind in die Regierung eingetreten mit einer ungeheuren Last an schwenden Schulden, die zum Teil in die Zeit gehen, wo die Deutschnationalen in der Regierung waren, zu einer Zeit, als wir nicht wußten, ob wir nach vorne bauen noch zahlungsfähig sein würden.“

Es ist aus gelungen, nicht nur den schweren Winter 1930/31 zu überwinden, sondern auch den Winter 1931/32.

Allen Prophesien zum Trotz, wenn auch unter schwersten Einschränkungen und Anstrengungen. Die Wohlfaßraten, die Erwerbslosenunterstützungen und die Schäfer sind gebliebt worden trotz der Entlastung. Wir haben die Währung in Ordnung gehalten und im Innern bezahlt, was wir zu zahlen hatten. In der Verpflichtung der Leidenschaften haben wir Ruhe und Ordnung gehalten; dabei sind wir Wege gegangen, die die ersten Beispiele und kein Vorbild in der Geschichte zeigen hat. Die Notverordnung vom 8. Dezember und die Bankenorganisation sind immerhin Leistungen gewesen, an denen monatelang intensiv gearbeitet werden mußte. Ein salischer Schritt in diesen zwei Jahren, und es wäre nicht möglich gewesen, Deutschland vor dem Chaos zu retten.

Wenn die Sicherheit der Republik gesichert ist durch die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg, dann sind wir, das kann ich heute sagen, heraus aus der alten Gefahr des Zusammenbruchs.

Brüning legte sich dann mit der Agitation gegen den Reichspräsidenten auseinander und erklärte, wenn man den Kampf gegen die jüngste Regierung führe, so rege ihm auch die schärfste Kritik der Angreife nicht sonderlich auf. Aber seine Geduld sei zu Ende, wenn sich die Angreife gegen die verehrungswürdige Gestalt des Reichspräsidenten richten. Kann der Reichspräsident etwas dafür, daß sich die Rechte nicht einzigen können, daß Hugenberg nicht in die Verantwortung wolle, daß die Sozialdemokratie politisch kluger sind als die Rechte? Wenn der Reichspräsident sich mit seiner 85 Jahren noch einmal zur Verfügung stellt, dann sei das ein historischer Schritt, den alle Kreise des Volkes hätten begrüßen müssen.

Wenn man die Gegengedanken Hindenburgs auch nur berachte und ihren Kampf sehe, so sei das eine Groteske vor aller Welt.

Man sollte sich davor hüten zu sagen, daß es sich bei Hindenburg um eine Parteidiktatur handle. Energisch mußte in aller Offenheit gegen die Agitation der Nationalsozialisten aufgetreten werden, die ins Unglück führt. Brüning zog zum Schluss einen Vergleich zwischen George Washington und dem Reichspräsidenten von Hindenburg und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Anerkennung und Würdigung Hindenburgs nicht so lange auf sich warten lasse, wie bei Washington, sondern daß schon der 12. März die Entscheidung bringe.

Zum Schluss seiner Ausführungen, die wiederholt von schwäbischen Beifall unterbrochen wurden, brachte die Menge dem Reichskanzler stürmische Kundgebungen dar.

### Briand +

Ehemaliger Ministerpräsident, ehemaliger Minister, ein Sozialist und Organisator der Trennung von Kirche und Staat in Frankreich, nach dem Krieg Herold des europäischen Friedens und Befämpfer für die Vereinigten Staaten von Europa — so ist der französische Politiker Aristide Briand auch in Deutschland jedem politisch Interessierten nicht nur dem Namen nach bekannt geworden. Am 28. März wäre er 70 Jahre alt geworden, und von Staats wegen hatte er in Paris große Ehren geplant. Briand aber, der zeitlebend kein Freund neuer Zeiten war, hat sich vorher empfohlen; er ist am Montagmittag ganz still und friedlich gestorben.

„Der große Zauberer“ hieß Briand bei seinen Gegnern in Frankreich. Nicht in einer äußerlich eindrucksvollen, weitgewandten und gefiedelstalistisch glänzenden Erscheinung lag dieser Zauber begründet. Den Zauberstab schwang dieser löfflerisch schlecht gewachsene Kaufmannssohn aus Nantes, wenn er das Wort zu öffentlicher Rede ergriff. Dann wußte er den Weg zu den Herzen der Hörer zu finden, gleichgültig ob er als kleiner sozialistischer Rechtsanwalt vor den Säulen des Gerichts stand, um Streitende vor dem Gerichtsamt zu teilen, oder ob er in Vollversammlungen die Massen für seine Politik gewinnen wollte, oder ob er als Frontaine weißbemalter Vertreter vor den Bänken des Volkerbundes in Genf sprach. Nicht nur weil er „eine Freige in der Brust“ hatte, wirkte er, nicht nur weil er das Wort beherrschte wie wenige — seine städtischen Erfolge erzielte er, seitdem er den Wunsch von Millionen an seiner Sache gemacht hatte: den Frieden. Als er bei der Aufnahme Deutschlands in den Volkerbund seine berühmte Rede hielt, in der er den Wirklichkeiten der Gewalt die Idee der Verjährung entgegensestellte — „Zurück die Kanonen, zurück die Machinengewehre!“ — da schlugen ihm auch in Deutschland die Herzen entgegen. Amnestie Stahl hat dem Staatsmann Briand einen geistvollen Ehren-Band gewidmet. Bruno Frank hat ihn in einer scharf geformten politischen Novelle gefeiert.

Wo sind heute diese Hoffnungen? Der Führer des Frontreichs von heute heißt Tardieu, und hinter ihm stehen die Generäle und die Rüstungsindustrie des Frontreichs von 1918, das mit Hilfe einer Welt den deutschen Nachbarn niedergezwungen hat und seine Vorherrschaft nun selbst gegen die Interessen dieser Welt ausübt. Wir sind weit davon entfernt, dem Politiker Briand Schlämmbungen nachzurufen, wie es leider ein Teil der deutschen Rechtsopposition tut. Verdächtigungen, als wäre es ihm mit dieser Politik des Friedens nicht ernst gewesen. An Ernst hat es ihm nicht gefehlt, wohl aber an Kraft. Die Widerstände waren überwältigt. Und je mag der Nachruf, den man heute dem Politiker Briand widmen möglicherweise klingen wie jener, den vor einem Jahrhundert Goethe dem dichterischen Wollen des zu früh dahingegangenen Lord Byron weiste:

„... wolltest Herrlichkeit gewinnen,  
aber es gelang dir nicht.“

Briand wird auf Staatskosten begraben, und seine politischen Gegner möchten wohl am liebsten mit ihm die Sache des europäischen Friedens beerdigen. Daß die Auseinandersetzung nicht schlecht stehen, bedarf keines Beweises. Jenesis des Rheins Tardieu, diesseits des Rheins Hitler — das wäre eine seltsame Grundlage für die deutsch-französische Freundschaft. Die Freunde des Friedens in Europa müssen verstehen, daß die Stunde ihnen eine ernste Aufgabe stellt: die Zukunft unseres Kontinents, dessen Völker in ihren Lebensinteressen unloslich miteinander verbunden sind, über die Gesahren der Gegenwart hinweg zu führen. Briands Tod mag vor allen auch den Katholiken des Freuden des Friedens eine Mahnung sein, wieviel für sie noch zu tun bleibt. Daß es nicht traurig, daß der Befämpfer der kirchenfeindlichen Belagerung in Frankreich Briand mehr Arbeit für die Verjährung des Volkes geleistet hat als die Mehrzahl der positiven Katholiken Frankreichs? (Noch vor wenigen Tagen hat ein so gütiger und langer Priester wie Pierre L'Ermite in der "Croix" einen Artikel über Deutschland veröffentlicht, der von Verständnislosigkeit in grundlegenden Fragen zeugt.) Hier ist eine Aufgabe für uns Katholiken, aber auch eine Hoffnung.

Ob sich diese Hoffnung erfüllt, wird freilich in erster Linie an Frankreich liegen. Sache des Stärkeren ist es, ob eine unheilvolle Ungleichmäßigkeit der Kräfte ausgeglichen wird oder nicht. Am Gelegenheiten für Frankreich seinen Friedenswillen zu beweisen, fehlt es nicht. Die Abstimmungskonferenz in Genf und die Reparationskonferenz in Lausanne werden die großen Prüfsteine sein. Sie wer-

## Italien gegen Donau-Plan

Gegen einseitigen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Nachfolgestaaten Österreich

#### Die Antwort an Tardieu

Rom, 8. März,

Die italienische Regierung hat heute das "Donau-Memorandum" der französischen Regierung beantwortet und gleichzeitig die Regierungen von Großbritannien und Deutschland über den in dieser Erwideration eingenommenen Standpunkt in Kenntnis gesetzt.

#### Die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Soulierung der Donauländer anzupaten,

sei, wie es in der Note heißt, jetzt von allen europäischen Mächten anerkannt worden, obwohl es noch nicht gelungen sei, sich auf eine organische Lösung, die allen genügen läßt, zu einigen. Die italienische Regierung, so führt das Dokument fort, war eine der ersten, die sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Donaustaaten, insbesondere mit denen der Republik Österreich, beschäftigt hat. Aus diesem Grunde begrüßt sie die in dem Manifest der französischen Regierung erörterten Absichten. Die italienische Regierung kann allerdings nichts von den besonderen Bedingungen der geographischen Lage und der wirtschaftlichen Situation dieser Länder, vergli-

chen mit der Italiens, noch von der Tatsache, daß sie an der Aufteilung der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie beteiligt war, abschließen. Sie muß vor allem auch

#### das Gefahrenmoment hervorheben, das in der spätzeitigen Lage Österreichs und Ungarns begründet ist

und das eine Endlösung solange ausstellt, als nicht das finanzielle und wirtschaftliche Gleichgewicht dieser beiden Staaten wiederhergestellt ist.

Zum weiteren Verlauf der Antwortnote wird darauf hingewiesen, daß die Wirtschaft Italiens und der beiden erwähnten Staaten viele gemeinsame Anknüpfungspunkte aufweist, die es allen Beteiligten ermöglichen läßt, nach einem Weg zu suchen, der zu einer engen Wirtschaftsvereinigung führt und damit zu einer Gemeinsamkeit der Donaustaaten. Die italienische Regierung weist darauf hin, daß hierbei die Mitwirkung der französischen Regierung unumgänglich notwendig wäre.

Dann wird auf die von Frankreich vorgeschlagenen Vorschläge eingegangen und betont, daß es selbst Ansicht der französischen Regierung sei, es gebe darüber noch keine feststehende auf Seite 21